



Konsultationsverfahren; Auswertung der Rückmeldungen aus dem Kanton Basel-Landschaft

12. Oktober 2007

Frage 1

1. Teilen Sie die Einschätzung der vier Regierungen, dass die sich bietende Chance einer gemeinsamen und eng koordinierten Umsetzung der nationalen Harmonisierungsvorgaben genutzt werden sollte?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Parlament						
Parteien	CVP					x
	EVP				x	
	FDP				x	
	Grüne				x	
	SP				x	
	SVP					x
Bildungsrat				x		
landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK)	SP				x	
	SVP			x		
	FDP			x		
	CVP			x		
	Grüne		x			
Jugendrat					x	
Vertretung der Gemeinden	VBLG				x	
Vertretung der Schulpflegen	Konferenz der Schulratspräsidenten BL				x	
Wirtschaftsverbände	der Region Basel				x	
	Handelskammer beider Basel				x	
Gewerkschaft	Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD) Region Basel		x			
Lehrerverbände	Lehrerinnen- und Lehrerverein Basel-land (LVB)			x		
	Gymnasiallehrerverband BL (GBL)			x		
Konferenz	Amtliche Kantonal Konferenz (AKK)			x		
	Berufsfachschulen				x	
	Gymnasien (GLK)				x	
	Kindergarten (SAK KG)			x		
	Musiklehrpersonen			x		
	Primarschule (PLK)				x	
	KLS (Sekundarschulen)			x		
	KSO (Sonderschulung)				x	
	KSF (Spezielle Förderung)			x		
	SLK Kindergarten u. Primarschulen BL				x	
Schulrat	Gymnasium Oberwil				x	
IG	Basler Privatschulen (IGBP)				x	
Gesamt		0	2	11	17	2

Qualitative Auswertung: Frage 1

Grundsätzlich sind sich fast alle einig, dass die Chance der gemeinsamen Umsetzung der nationalen Harmonisierungsvorgaben genutzt werden soll. Dadurch wird dem funktional eng verflochtenem Raum Rechnung getragen (SP), Synergien können besser genutzt werden und durch den Abbau von Schwierigkeiten eines kantonalen Schulwechsels (Grüne) werden Mobilitätshürden gemindert (Wirtschaftsverbände der Region Basel). Dem Ja für die koordinierte Umsetzung folgt oft ein Aber: ein Mehrwert muss generiert werden, die kantonalen Eigenheiten müssen respektiert werden und zu viele Fragen sind noch ungeklärt. Der VBLG fordert, ehe die Eckwerte für den Bildungsraum NWCH festgelegt werden, soll der Beschluss zum HarmoS-Konkordat gefasst sein. Es wurde einerseits betont, dass die Harmonisierung prioritär auf inhaltlicher Ebene statt finden soll und erst sekundär auf struktureller Ebene (FDP, Grüne, AKK). Es wurde mehrfach hervorgehoben, dass Strukturanpassungen nur dann zu realisieren sind, wenn deutliche Verbesserungen generiert werden.

Da auf beiden Ebenen schon jetzt kantonale Abweichungen zugestanden werden (AG Früh-
englisch; SO 3-gliedrige Sek I), werden die Harmonisierungsbestrebungen als inkonsequent
erachtet (VPOD, Wirtschaftsverbände). Es wurde mehrfach der Wunsch geäußert, dass die
gemeinsame Umsetzung konsequent und ohne Abweichungen vollzogen wird

Frage 2

2. Sind Sie mit der Schaffung eines <i>Bildungsraums Nordwestschweiz</i> einverstanden?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Parlament						
Parteien	CVP					x
	EVP		x			
	FDP			x		
	Grüne				x	
	SP				x	
	SVP					x
Bildungsrat				x		
BKSK	SP			x		
	SVP			x		
	FDP			x		
	CVP			x		
	Grüne			x		
Jugendrat					x	
Vertretung der Gemeinden	VBLG			x		
Vertretung der Schulpflegen	Konferenz der Schulratspräsidenten BL			x		
Wirtschaftsverbände	der Region Basel			x		
	Handelskammer beider Basel				x	
Gewerkschaft	VPOD	x				
Lehrerverbände	LVB		x			
	GBL			x		
Konferenz	AKK					
	Berufsfachschulen				x	
	GLK				x	
	SAK KG			x		
	Musik			x		
	PLK				x	
	KLS			x		
	KSO				x	
	KSF			x		
	SLK Kindergarten u. Primarschulen BL				x	
Schulrat	Gymnasium Oberwil				x	
IG	IGBP		x			
Gesamt		1	3	15	10	2

Qualitative Auswertung: Frage 2

Die meisten Stellungennehmenden befürworten mit einigen Vorbehalten die Schaffung des Bildungsraumes NWCH (häufiger Verweis auf Antwort der 1. Frage). Die FDP plädiert für eine offenere Formulierung: „die Bildungssysteme der vier Kantone zur Umsetzung der nationalen Harmonisierungsvorgaben gemeinsam weiterzuentwickeln“.

Die präsentierte Lösung sei noch weit von einem gemeinsamen Bildungsraum NWCH entfernt (AKK, Wirtschaftsverbände, Handelskammer). Wegen den unterschiedlichen Fremdsprachenkonzepten und Gliederung der Sek I bleiben die Mobilitätshürden (SP) weiter bestehen und die Schaffung von gemeinsamen Lehrplänen, Stundentafeln und Lehrmittel erscheint unmöglich (Wirtschaftsverbände der Region Basel). Ohne Aufstellung der finanziellen Auswirkung kann kein Kosten-Nutzen-Vergleich vollzogen werden, wodurch die Schaffung des Bildungsraumes NWCH legitimiert werden könnte (LVB). Gemäss dem Vorschlag der AKK sollen zuerst inhaltliche Aspekte harmonisiert werden und in einem zweiten Schritt die strukturellen Anpassungen folgen. In der organisatorischen Strategie wird der rechtzeitige Einbezug der Gemeinden, als Schulträgerinnen, der Lehrpersonen und der Sozialpartner vom VBLG gefordert, um den Bildungsraum gemeinsam auszugestalten.

Des Weiteren wird von der EVP befürchtet, dass durch eine „Superorganisation“ Bildungsraum NWCH die Strukturen schwerfälliger werden. Ferner wurde die Notwendigkeit von Koordinationsmassnahmen mit HarmoS und anderen laufenden Projekten angeführt.

Frage 3

3. Sind Sie mit der pädagogischen Strategie und namentlich einem Begabungsförderungsprogramm „Bereichern und Beschleunigen“ einverstanden?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Parlament						
Parteien	CVP					x
	EVP			x		
	FDP	x				
	Grüne		x			
	SP			x		
	SVP					x
Bildungsrat			x			
landrätliche Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK)	SP			x		
	SVP		x			
	FDP		x			
	CVP		x	x		
	Grüne			x		
Jugendrat					x	
Vertretung der Gemeinden	VBLG		x			
Vertretung der Schulpflegen	Konferenz der Schulratspräsidenten BL				x	
Wirtschaftsverbände	der Region Basel					x
	Handelskammer beider Basel			x		
Gewerkschaft	VPOD	x				
Lehrerverbände	LVB	x				
	GBL			x		
Konferenz	AKK		x			
	Berufsfachschulen		x			
	GLK		x			
	SAK KG			x		
	Musik			x		
	PLK			x		
	KLS		x			
	KSO	x				
	KSF		x			
	SLK Kindergarten u. Primarschulen BL				x	
Schulrat	Gymnasium Oberwil			x		
IG	IGBP				x	
Gesamt		4	11	11	4	3

Qualitative Auswertung: Frage 3

Vorweg wurde von der FDP beanstandet, dass pädagogische Inhalte erst Diskussionsgegenstand sein sollen, wenn der Grundsatzentschluss für den Bildungsraum NWCH rechtskräftig gefasst ist. Ferner wurde häufig kritisiert, dass Grundlagen bezüglich der pädagogischen Strategie und deren finanziellen, personellen (Ausbildung) und pädagogischen (Altersheterogenität, Schwächung des Klassenverbandes) Auswirkungen für die Beantwortung dieser Frage fehlen.

Uneinigkeit unter den Antwortenden herrscht bei der Ausgestaltung der Beschleunigungsmassnahmen. Einige lehnen dieses Programm vehement ab (LVB), andere befürworten das Beschleunigungsprinzip in der Eingangsphase, damit die Klassenheterogenität gemindert wird, später soll im Ausnahmefall eine Beschleunigung möglich sein (Grüne, SP). Andere wiederum schlagen vor, dass das Beschleunigungsprinzip vorwiegend an Schnittstellen erfolgen soll, um das stabile Umfeld der Klassenverbände nicht zu schwächen. Laut Bildungsrat wäre eine stufendifferenzierte Beurteilung des Beschleunigungsprinzips eine besser akzeptierte Herangehensweise. Die in der Vorlage erwähnten 50% von „beschleunigten“ Gym-

nasiastinnen und Gymnasiasten werden mehrheitlich als weit entfernt von der Lernrealität und utopisch erachtet. Ausserdem beanstandet die AKK am Begabtenförderungsprogramm „Bereichern und Beschleunigen“, dass die individuelle Förderung zu stark gewichtet wird, wodurch das gemeinsame Lernen im Klassenverband sowie die sozialen und emotionalen Kompetenzen vernachlässigt werden. Mehrfach wurde nachgefragt, ob das Modell bereits erprobt wurde, sodass Erfahrungswerte in die Planung und Umsetzung mit einbezogen werden können.

Frage 4a

4.a (Für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt): Sind Sie einverstanden, dass die Sekundarstufe I gemeinsam aus- gestaltet wird und dabei der Grundsatz gilt, dass Berufsbildung und Allgemeinbildung insbesondere bezüglich Zeitpunkt des Übertritts in die Sekundarstufe II gleich behandelt werden?		--	-	+	++	Keine Stel- lungna hme
Parlament						
Parteien	CVP					x
	EVP				x	
	FDP	x				
	Grüne					
	SP			x		
	SVP					x
Bildungsrat						x
BKSK	SP			x		
	SVP			x		
	FDP		x	x		
	CVP			x		
	Grüne		x			
Jugendrat					x	
Vertretung der Gemeinden	VBLG	x				
Vertretung der Schulpflegen	Konferenz der Schulratspräsidenten BL				x	
Wirtschaftsverbände	der Region Basel			x		
	Handelskammer beider Basel					x
Gewerkschaft	VPOD			x		
Lehrerverbände	LVB		x	x		
	GBL		x			
Konferenz	AKK				x	
	Berufsfachschulen				x	
	GLK			x		
	SAK KG					x
	Musik					x
	PLK				x	
	KLS			x		
	KSO			x		
	KSF			x		
	SLK Kindergarten u. Primarschulen BL				x	
Schulrat	Gymnasium Oberwil			x		
IG	IGBP		x			
Gesamt		2	5	13	7	6

Qualitative Auswertung: Frage 4a

Der Grundsatz der Gleichbehandlung von Berufsbildung und Allgemeinbildung betreffend des gleichgestellten Übertrittszeitpunktes wird von der Mehrheit begrüsst (SP, EVP, AKK, Konferenz der Schulrätepräsidentinnen und -präsidenten). Die Forderung der Wirtschaftsverbände der Gleichbehandlung und Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Ausbildung wird erfüllt, indem die Übergänge gleichzeitig stattfinden.

Bei der Frage nach der einheitlichen Ausgestaltung der Sek I in allen Kantonen gibt es zwei Lager. Das Eine befürwortet die gemeinsame Ausgestaltung (SP). Das Andere lehnt dies ab (FDP, VBLG) da einerseits genügend Spielraum für kantonale Lösungen vorhanden sein soll. Andererseits wurden Vorbehalte gegenüber den Sonderregelungen in den Kantonen AG (Fremdsprachen) und SO (Struktur der Sekundarschule) angebracht, die eine gemeinsame Ausgestaltung erschweren oder gar verunmöglichen.

Frage 4b

4. b (Für die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt): Können Sie den aus 4.a) folgenden Konsequenzen zustimmen: Modell 6/3/4 mit zwei Leistungszügen unter einem Dach und individuellen Beschleunigungsmöglichkeiten?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Parlament						
Parteien	CVP					x
	EVP	x				
	FDP	x				
	Grüne					
	SP			x		
	SVP					x
Bildungsrat			x			
BKSK	SP			x		
	SVP		x			
	FDP		x			
	CVP		x			
	Grüne		x			
Jugendrat					x	
Vertretung der Gemeinden	VBLG	x				
Vertretung der Schulpflegen	Konferenz der Schulratspräsidenten BL		x	x		
Wirtschaftsverbände	der Region Basel	x				
	Handelskammer beider Basel	x				
Gewerkschaft	VPOD		x			
Lehrerverbände	LVB		x			
	GBL		x			
Konferenz	AKK	x				
	Berufsfachschulen	x				
	GLK	x				
	SAK KG			x		
	Musik					x
	PLK					x
	KLS	x				
	KSO			x		
	KSF			x		
	SLK Kindergarten u. Primarschulen BL			x		
Schulrat	Gymnasium Oberwil		x	x		
IG	IGBP		x			
Gesamt		9	11	8	1	4

Qualitative Auswertung: Frage 4b

Das Modell 6/3/4 wird grundsätzlich von der Mehrheit befürwortet. Doch ohne Folgenabschätzungen des Modellwechsels, v.a bezüglich der benötigten Ressourcen fehlt die Diskussionsgrundlage. Die AKK plädiert für das Modell 7/4/4.

Die Reduktion eines Leistungsniveaus auf der Sek-Stufe I wird von der Mehrzahl nicht gut geheissen (CVP, FDP, EVP, Bildungsrat, LVB, AKK). Es soll am erfolgreichen und erprobten Modell mit den drei Niveaus unter einem Dach festgehalten werden. Mehrfach wurde die integrative Schule WBS in Basel-Stadt als Negativbeispiel aufgeführt. Die duale Aufteilung bietet zu wenig differenzierte Möglichkeiten und fördert die Mittelmässigkeit. Zudem wird der Nutzen dieser Neuaufteilung nicht bewiesen und Auswirkungen auf Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sind noch unbekannt (Auflösen des Klassenverbandes).

Individuelle Beschleunigungsmassnahmen werden teils gutgeheissen. Beschleunigung und Individualisierung sind Zugeständnisse an begabte Schülerinnen und Schüler. Die Frage bezüglich der Handhabung von schulisch schwachen Schülerinnen und Schüler wurde aufgeworfen. Des Weiteren plädieren der LVB und andere Konferenzen von Lehrpersonen für die Aufrechterhaltung der Remotionsmöglichkeit auf allen Niveaus.

Frage 5

5. Sind Sie mit dem Konvergenzprinzip (schrittweise Annäherung und gemeinsame Weiterentwicklung) und der dazu staatsvertraglich zu regelnden Zusammenarbeit einverstanden?		--	-	+	++	Keine Stellungnahme
Parlament						
Parteien	CVP					x
	EVP			x		
	FDP			x		
	Grüne					x
	SP			x		
	SVP					x
Bildungsrat			x			
BKSK	SP			x		
	SVP			x		
	FDP			x		
	CVP			x		
	Grüne			x		
Jugendrat				x		
Vertretung der Gemeinden	VBLG			x		
Vertretung der Schulpflegen	Konferenz der Schulratspräsidenten BL				x	
Wirtschaftsverbände	der Region Basel					x
	Handelskammer beider Basel					x
Gewerkschaft	VPOD	x				
Lehrerverbände	LVB		x			
	GBL			x		
Konferenzen	AKK			x		
	Berufsfachschulen				x	
	GLK				x	
	SAK KG					x
	Musik			x		
	PLK			x		
	KLS		x			
	KSO			x		
	KSF			x		
		SLK Kindergarten u. Primarschulen BL				x
Schulrat	Gymnasium Oberwil				x	
IG	IGBP					x
Gesamt		1	2	16	6	7

Qualitative Auswertung: Frage 5

Grundsätzlich wird das Konvergenzprinzip von der Mehrheit befürwortet (Bildungsrat, SP, EVP, Konferenz der Schulratspräsidentinnen und -präsidenten). Doch es herrscht Uneinigkeit bezüglich der Vorgehensweise. Für einige ist entscheidend, dass im Staatsvertrag Inhalte geregelt werden, ohne Inhalt stimmen sie keinem Staatsvertrag zu (Bildungsrat). Die SP und die AKK fordern, dass Ziele und Eckwerte schon vor dem Vertragsabschluss verbindlich definiert sind. Die FDP verlangt hingegen, dass in einem ersten Staatsvertrag die Zusammensetzung und Kompetenzen der politischen Organe festgelegt werden, ehe inhaltliche Aspekte mit dem Konvergenzprinzip diskutiert und erneut staatsvertraglich festgelegt werden. Von der EVP in Frage gestellt, ob die interkantonale Zusammenarbeit staatsvertraglich zu regeln sei. Vorbehalte wurde formuliert bezüglich der Gefahr des Demokratieabbaus, da ein Regierungsausschuss mit Planungs- und Empfehlungskompetenz die Federführung übernimmt und dadurch Entscheide einem Expertengremium überlassen und nicht demokratisch austariert werden (VOPD).

Allfällig weitere Hinweise

EVP: Qualitätssicherungssystem im Sinne von FQS in Planung integrieren; Ablehnung einer lohnwirksamen Qualifikation von Lehrkräften (wie in SO); Erwartung einer realitätsnahen, transparenten Kostenprognose sowie einer transparenten Projektorganisation.

Jugendrat: Integration von Mittagstischen und Hausaufgabenbeaufsichtigung ins Konzept.

VBLG: Der Regierungsrat soll nach Abschluss des Konsultationsverfahrens und vor der Erarbeitung eines Staatsvertrages zusammen mit den Gemeinden vereinbaren, welche Ziele bei den Verhandlungen des Staatsvertrages verfolgt werden und welche Position der Kanton BL bezüglich der Harmonisierung der Strukturen im Bereich von Kindergarten und Primarschule vertritt.

Konferenz der Schulratspräsidenten BL: Notwendigkeit einer einheitlichen Lösung bezüglich Fremdsprachenkonzept; Forderung der Weiterführung des heutigen zweijährigen Kindergartens.

VPOD: Individualisierte Bildungsverläufe als neues Selektionsinstrument; Förderung der schulisch starken Schülerinnen und Schülern führt zu einer Zunahme der Heterogenität innerhalb der Klasse; Staatsvertrag kappt demokratische Steuerung und Sozialpartnerschaft.

LVB: Finanzpläne bezüglich Anforderungsprofile, Anstellungsbedingungen, Aus-, Fort- und Weiterbildung, Standortfragen und Schulraumbewirtschaftung müssen als Entscheidungsgrundlage erarbeitet sein, ehe dem Bildungsrat zugestimmt wird.

Konferenz Berufsfachschulen: Einzugsgebiet der Berufsfachschulen ist die NWCH, mit HarmoS und dem Bildungsraum NWCH kann in Zukunft auf vergleichbare, einheitliche Voraussetzungen aufgebaut werden.

SAK KG Wer hat Mitsprache bei der differenzierten Planung des Bildungsraumes? Plädoyer für Einbezug von Lehrpersonen aus der Praxis.

Konferenz Musik: Integration des Instrumentalunterricht in die Tagesstrukturen, da das Zeitfenster für den individuellen Instrumentalunterricht durch Blockzeiten kleiner wird.

KSO: Wunsch eines grossen Zeitraumes für Realisierung des Bildungsraumes NWCH und Beratung/Unterstützung der Lehrpersonen.

KLS: Kritik am Vorentscheid bezüglich der Schuleingangsstufe, ohne Auswertung von Schulversuchen in anderen Kantonen abzuwarten; Begriff stigmatisierte Restschulen offenbart abwertende Haltung; Erziehungsberechtigte werden in der Absichtserklärung vernachlässigt.

IGBP: Plädoyer für einen Bildungsraum Deutsche Schweiz; Vernachlässigung der Vielfalt an pädagogischen Konzepten und Methoden; Integration der privaten Bildungsanbieter in den Schaffensprozess der Bildungsraumes NWCH.

Kommission Gleichstellung von Frau und Mann: Plädoyer für obligatorischen Hauswirtschaftsunterricht; Einführung des Begriffes der Selbsterhaltungskompetenz im Bildungsraum; Gleichwertigkeit von innerhäuslichem und ausserhäuslichem Lebens- und Arbeitsbereich; Bildungspolitische Prämissen mit einer dritten ausbauen: „Die Schule bereitet alle Kinder und Jugendlichen nicht nur auf den (beruflichen) Teilbereich des Lebens vor, sondern auch auf die Gesamtheit des Lebens mit seinen ausserberuflichen Aufgaben der Alltagsbewältigung“; Geschlechterparität und Genderkompetenz des Regierungsausschusses ist sicherzustellen; der Bildungsbericht soll einem Gender-Controlling unterzogen werden.